

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Attentat auf Bürgermeister

Tokio (spk) Der 67 Jahre alte Bürgermeister der japanischen Stadt Nagasaki, Hitoshi Motoshima, ist am Donnerstag durch einen Schuss schwer verletzt worden. Der Attentäter entkam unerkannt. Motoshima ist durch Kritik an der Kriegsverantwortung des verstorbenen Kaisers Hirohito zu einem «Hass-Objekt» der Nationalisten geworden.

Hernu gestorben

Paris (spk) Frankreichs ehemaliger Verteidigungsminister Charles Hernu ist am Mittwochabend im Alter von 66 Jahren in Villeurbanne bei Lyon einem Herzinfarkt erlegen. Der Sozialist war 1981 nach der Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten Minister geworden. Vier Jahre später musste er wegen der Affäre um das Greenpeace-Schiff «Rainbow Warrior» zurücktreten.

Vertrauen in Rumänien

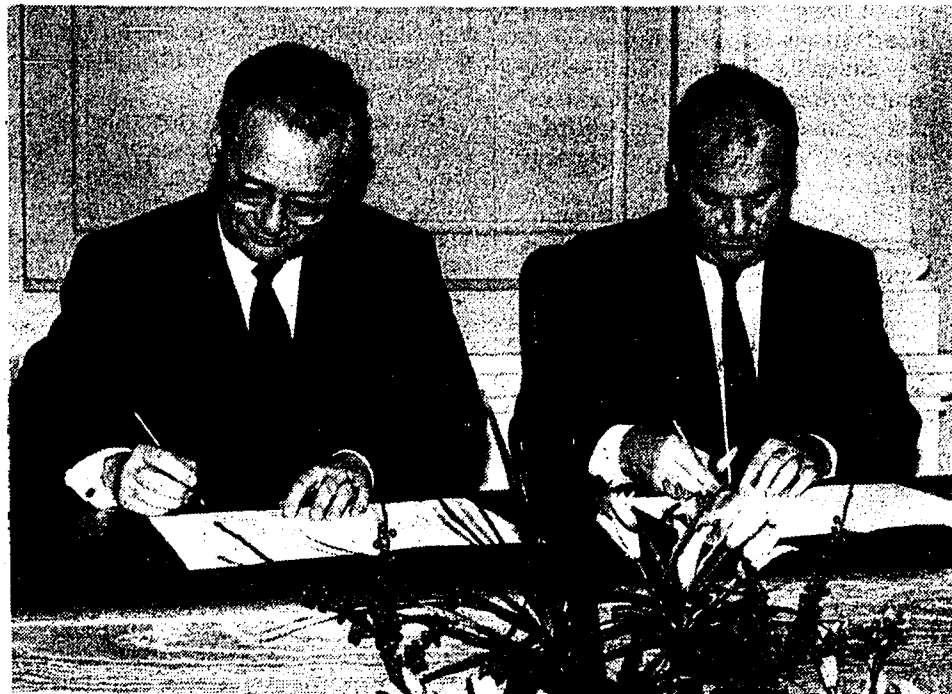
Paris (spk) Die meisten Rumänen haben gemäss einer Umfrage der Illustrierten «Paris Match» Vertrauen in die neue Führung. Dabei kommen die Armee (97 Prozent) und das Fernsehen (89 Prozent) noch vor dem Rat der Front zur Nationalen Rettung mit 87 Prozent. Die Umfrage basiert auf 817 Interviews, die in der Zeit zwischen dem 11. und 13. Januar in den Strassen von Bukarest geführt worden sind.

Friedensangebot

Bogota (spk) Die Rauschgiftmafia Kolumbiens hat der Regierung am Mittwoch überraschend ein «Friedensangebot» gemacht. Zugleich wurde die Einstellung aller illegalen Drogengeschäfte mit dem Ausland und Terroraktionen im Inland angekündigt. Bedingung für den Frieden sei ein Verzicht auf Gewaltanwendung gegen Angehörige von Drogenhändlern und die Chance zu ungestörter Wiedereingliederung dieser Personen in die Gesellschaft.



Drei Delegationsmitglieder, die das Abkommen mit Österreich ausarbeiteten, erhielten von Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek eine Auszeichnung. Unser Bild zeigt Busek bei der Übergabe an Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf. Ebenfalls eine Auszeichnung erhielten Dr. Norbert Marxer (Bildmitte) und Dr. Karl Jehle.



Regierungschef Hans Brunhart und der österreichische Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek unterzeichnen das Abkommen über die Gleichwertigkeit von Studien und akademischen Graden. (Bilder: Beat Schurte)

Ein weiterer Schritt zur Bildungszusammenarbeit mit Österreich

Austausch der Ratifikationsurkunde zwischen Liechtenstein und Österreich zum Abkommen über die Gleichwertigkeit von Studien

(G.M.) - Nach der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Gleichwertigkeit von Studien, Prüfungen und akademischen Graden im vergangenen Herbst wurden am Donnerstag in Vaduz die Ratifikationsurkunden ausgetauscht. Für unser Land unterzeichnete Regierungschef Hans Brunhart das Abkommen, für Österreich setzte der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Erhard Busek, seine Unterschrift unter das Dokument. Im Rahmen seines Besuches in unserem Land übergab Busek auch eine formelle Erklärung des österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, in der die künftige Zusammenarbeit zwischen Österreich und Liechtenstein dargestellt ist.

Zu Beginn seines Besuches am Donnerstag traf Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek mit Regierungschef Brun-

hart und Regierungschef-Stellvertreter Wille zu einem Gespräch zusammen. Anschliessend erfolgte im alten Landtagssaal die Unterzeichnung und der Austausch der Ratifikationsurkunden, die Übergabe der formellen Erklärung des österreichischen Fonds zur wissenschaftlichen Forschung und die Verleihung von österreichischen Verdienstorden an Schulamtsvorstand Dr. Josef Wolf, Dr. Norbert Marxer, Leiter des Rechtsdienstes, und Dr. Karl Jehle, Leiter der Berufsberatung.

Kontakte auf dem Wissenschaftsgebiet

In einer kurzen Ansprache wies Regierungschef Brunhart auf die guten Kontakte zwischen Liechtenstein und Österreich auf dem Gebiete der Wissenschaft und Forschung hin. Das Abkommen über die Gleichwertigkeit von Studien, Prüfungen und akademischen Graden ist nach seinen Worten eine wichtige Grundlage für die Internationale Akademie für

Philosophie in Schaan, die mit diesem Abkommen erstmals als Hochschulinstitution anerkannt wurde. Die österreichischen Hochschulen und Universitäten haben, erklärte Brunhart weiter, seit jeher eine wichtige Anziehungskraft auf liechtensteinische Studenten und Wissenschaftler ausgeübt. Derzeit studieren nach seinen Angaben rund 80 Studenten aus Liechtenstein an Hochschulen in Österreich, und ebenso seien Liechtensteiner als Lehrer und Professoren an österreichischen Universitäten und Hochschulen tätig.

Grenzüberschreitende Funktion der Wissenschaft

In seiner Antwort betonte Wissenschaftsminister Busek den grenzüberschreitenden Charakter der Wissenschaft. Mit dem Abkommen und der Erklärung zum wissenschaftlichen Fonds sei ein weiterer Grundstein für eine Zusammenarbeit zwischen Österreich und

Liechtenstein gesetzt worden. Busek betonte im weiteren den Respekt Österreichs gegenüber Liechtenstein, das trotz seiner Kleinheit eine eigenständige Rolle in Europa zu spielen versuche. Er bedankte sich für die offene Haltung Liechtensteins und gab seiner Hoffnung auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit Ausdruck.

Wissenschaftliche Zusammenarbeit

In der Erklärung des österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die von Wissenschaftsminister Busek anschliessend übergeben wurde, ist die künftige Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft dargestellt. Grundsätzlich können liechtensteinische Forscher in die Förderung miteinbezogen werden. Ausserdem erklärt sich der Fonds bereit, Forschungsvorhaben des Fürstentums Liechtenstein ebenfalls zu unterstützen. Ferner ist der Fonds bereit, die liechtensteinische Regierung in Forschungsfragen zu beraten.

Benzin/Diesel wieder billiger

Zürich (AP) Nach drei Aufschlägen wird das Benzin ab heute Freitag erstmals wieder billiger. Die meisten Mineralölgesellschaften haben am Donnerstag einen Abschlag von zwei Rappen pro Liter Benzin beschlossen. Wie eine AP-Umfrage weiter ergab, sinkt der Preis für einen Liter Diesel sogar um vier bis fünf Rappen. Die Verbilligung wurde nach Angaben von Firmensprechern dank gesunkenen Beschaffungskosten möglich.

Die neuen Referenzpreise, die an den Tankstellen um bis zu acht Rappen unterschritten werden, belaufen sich nun auf 1,07 Franken für Bleifrei, 1,15 für Super und 1,14 für Diesel. Letzmal waren die Benzinpreise am 8. Januar dieses Jahres verändert worden, als eine Erhöhung von drei Rappen in Kraft trat. Es handelte sich um den dritten Aufschlag seit November 1989 in Serie. Inzwischen sind jedoch sowohl die Notierungen in Rotterdam wie auch die Frachtkosten auf dem Rhein gesunken.

Bann gebrochen - Hypozins wieder rauf

Zürcher Kantonalbank läutet neue Hypozinsrunde ein

Zürich (AP) Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) erhöht ihren Zinssatz auf Althypotheken per 1. April um einen halben Prozentpunkt auf 6,25 Prozent. Die Zinssätze für Neuhypotheken werden per sofort im gleichen Ausmass auf 7,5 Prozent gesteigert, wie das Institut am Donnerstag in Zürich bekannt gab. Der Bankrat, das oberste Organ der Zürcher Staatsbank, erhöhte auf den 1. März auch die Zinssätze für Spargelder um drei Viertel Prozentpunkte, so dass teilweise bis zu fünf Prozent Zins vergütet werden.

Der für das Kreditwesen zuständige stellvertretende ZKB-Generaldirektor Charles Stettler begründete den Hypo-

zinsentscheid der Zürcher Staatsbank mit den seit Monaten anhaltenden Refinanzierungsschwierigkeiten im Hypothekbereich. Der geldpolitische Kurs der Nationalbank sei unvermindert restriktiv, und Ende vergangenen Jahres habe es an der Zinsfront statt der erwarteten Entspannung eine weitere Versteifung gegeben. Stettler wies unter anderem darauf hin, dass die kurzfristigen Zinssätze am Geldmarkt über neun Prozent und für Kassenobligationen mit kurzer Laufzeit bei 7,0 Prozent lägen. Die Rendite für Bundesobligationen sei ebenfalls über 6,0 Prozent geklettert. Hinzu komme die bei fünf Prozent liegende Teuerungsrate.

Konsultativabstimmung in Planken

Informationsversammlung betreffend der Landwirtschaftszone

Die Gesetzesvorlage über die Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens ist vom Landtag von der Traktandenliste abgesetzt worden. Die Weiterberatung soll noch in diesem Frühling fortgesetzt werden. Mit einem Schreiben vom 15. Dezember 1989 wurden die Gemeinden von der Regierung eingeladen, nochmals eine Stellungnahme abzugeben. Der Plankner Gemeinderat möchte vor der Abgabe einer neuerlichen Stellungnahme am kommenden Mittwoch, 24. Januar eine Informationsversammlung durchführen.

Den Versammlungsteilnehmern wird dabei die Möglichkeit geboten, im Anschluss der Information und Diskussion ihre persönliche Meinung, pro oder contra Landwirtschaftszone, in Form einer schriftlichen Äusserung mitzuteilen.

an der Gesamtzonen grösser erreicht.

Diese Informationsversammlung, an welcher auch die Oberplankner Bodenbesitzer eingeladen sind, findet in der Turnhalle statt.

Datum: Mittwoch, 24. Januar 1990, 20.00 Uhr. Folgende Referenten werden zum Thema sprechen und den Versammlungsteilnehmern Rede und Antwort stehen:

- Josef Biedermann, Landtags-Vizepräsident
- Klaus Büchel, Ing. Agr. HTL, Sachbearbeiter

Die Gemeindevorsteher hoffen, dass viele Personen die Gelegenheit benützen, um sich informieren zu lassen. An diesem Abend können persönliche Meinungen zu diesem aktuellen Thema mündlich und schriftlich abgegeben werden.

Kein Personalabbau am Zoll

Für Bundesrat Stich kommt Zollunion nicht in Frage

Bern (AP) Für den Schweizer Bundesrat Otto Stich kommt eine Zollunion EG/Efta nicht in Frage, da sie einen zu starken Abbau der schweizerischen Hoheitsrechte mit sich bringen würde. In einem Interview in der jüngsten Ausgabe der «Zoll-Rundschau» vertrat der «oberste Zöllner» zudem die Auffassung, dass mit dem Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EG-Staaten die grenzpolizeilichen Aufgaben der Schweiz umso wichtiger würden.

In absehbarer Zukunft brauche eine unabhängige Schweiz eine gut funktionierende Zollverwaltung, sagte Stich. Von einer Reduktion der Personalbestände

könne deshalb nicht die Rede sein. Ein wichtiger Aspekt in einem Europa «ohne Grenzen» komme der Verhaltensschulung zu. «Wenn der Reisende dann einmal auf eine der wenigen Grenzkontrollen in Europa stösst, muss sich das ja nicht notwendigerweise negativ auswirken», sagte Stich.

Die Schweiz werde aus heutiger Sicht dem System der Grenzkontrollen treu bleiben, selbst wenn die «Schengener Staaten» (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder) und später alle zwölf EG-Länder ihre Grenzkontrollen dereinst eliminierten.

Sachliche Anregungen sowie das Ergebnis dieser Konsultativabstimmung werden der Regierung in der neuen Stellungnahme mitgeteilt. Es sei darauf hingewiesen, dass eine Konsultativabstimmung nicht gesetzlich verankert ist, dass diese jedoch eine wertvolle Meinungsanalyse der Planknerinnen und Plankner darstellt.

Die geplante Landwirtschaftszone beinhaltet das gesamte Gebiet von Oberplanken und kleinere Teilflächen im Gemeindegebiet. Die bestehende Bauzone wird nicht tangiert. Ebenso wird der «Plankner Aescher» (ausserhalb der Bahnlinie) und die «Ställawies» der Landwirtschaftszone angerechnet. Mit diesen Teilen wird der in der Gesetzesvorlage geforderte 30prozentige Anteil

KONTAKTLINSEN



AUGEN-OPTIKMARXER

Stättlermarkt, Vaduz, 2 82 02
Landstrasse 28, Schaan, 2 58 68

Gegen Erkältung

ist niemand gefeit, warme Wäsche ist bei uns bereit, aus Wolle-Seide.



Jeden Freitag Abendeinkauf bis 20.00 Uhr im Zentrum Kaufin, Schaan